

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 25.

Dresden, Montag den 1. Februar 1909.

20. Jahrg.

Terror und Spionage in Rußland.

Es wird uns geschrieben:
Die Zeit ist gekommen, da der Terror auch in Rußland geübt hat, ein revolutionäres Kampfmittel zu sein. Das es, was den Fall Azew so tragisch gestaltet. Wäre die revolutionäre Terror günstig, dann würde er an einer Lockpistole ebenso wenig zugrunde gehen, an der Arbeit der Penker. Aber die Zeiten sind eben anders geworden und gewähren keinen Spielraum mehr für revolutionären Kampf einzelner gegen einzelne. Auf dem Hauptplatz wo wir gewohnt waren, Lichtgestalten des Idealismus, Helden und Märtyrer zu erblicken, grinsen uns hüben und drüben Polizeifreien entgegen: der Spiegel Azew, der Spiegel Bakai, der erst die revolutionäre Organisation an die Polizei, dann die Polizei an die revolutionäre Organisation hat und jetzt als Hüter des heiligen Feuers des terroristischen Ideals sich gebärdet, und als einziger glaubwürdige Führer der gewesene Chef der Polizei Popuchin! Auch die glorreiche „Narodnaja Wolja“ schloß sich mit einem scheußlichen Verrat; deshalb wird aber von ihr revolutionärer Charakter angezweifelt. Nicht der polare Degajew und nicht der abtrünnige Tichamiroff, als der geistige Inspirator der Terroristen und jetzt der des reaktionären Blattes Rußlands, erscheinen uns als Träger jener Bewegung, sondern die Scheljaboff, awalaja, Michailoff usw. So wird es auch jetzt sein. Denn auch der neue vorrevolutionäre Terrorismus ist nur als politische Erscheinung zu begreifen. Er ist von der Polizei geschaffen worden, wenn er auch in Spionageformen seinen Abschluß gefunden hat.
Die Sozialdemokratie, die in Rußland an die Stelle der „Narodnaja Wolja“ trat, hat stets den Terror auf das heftigste bekämpft. Aber sicher nicht, weil sie die Lockpistole der Terroristen bekämpfte, weil sie einen neuen politischen Faktor einzuführen hatte — die Waffensaktion des Proletariats. Der Terror stand ihr im Wege. Sie hatte andere Aufgaben zu erfüllen, wußte ganz andere Interessen zu verfolgen, schuf eine andere geistige Richtung. Erforderten die Verhältnisse und die Organisation der Arbeitermassen Kräfte, als der Partei je zur Verfügung standen, so bald die Arbeiterkämpfe, und zwar sowohl die Streiks als die politischen Demonstrationen, den Grundton der ganzen Bewegung an. Der Terror dagegen würde die Aufmerksamkeit der Massen von ihrer eigenen Aktion auf die Heldentaten einzelner ablenken, — er war darum unvereinbar mit der Sozialdemokratie.
Aber wenn der Terror für die Sozialdemokratie nicht geübt werden kann, so ist damit noch nicht gesagt, daß er überhaupt kein Kampfmittel war. Es gibt eben Kampfmittel, die die Sozialdemokratie nicht anwenden kann. Das gilt nicht für Rußland. Die Verurteilung dieser Tatsache hat schon zu politischen Fehlgriffen geführt. Eine politische Partei, die einer bürgerlichen Partei nahe, kann unter Umständen die Sozialdemokratie den größten Schaden zufügen. Ein gutes Beispiel die Junker durch Hofeinflüsse gelang politische Erfolge, woraus sich aber gewiß noch etwas ergibt, daß dieses Kampfmittel auch für die Arbeiterbewegung anwendbar und zweckmäßig sei.
Der Terror war in Rußland vor allem das Kampfmittel der Intelligenz. Die Sozialdemokratie abte einen großen Aufbruch auf die revolutionäre Jugend der russischen Bourgeoisie, ganz konnte sie sie doch nicht im Banne der Idee des Klassenkampfes halten. Sie konnte es nicht verhindern, daß einzelnen bürgerlichen Idealisten der Weg der Revolution der politischen Freiheit durch das Proletariat viel angwärtiger erschien und daß ihre leidenschaftliche Natur sie immer möglichst energischen Protest gegen die verhasste Herrschaft drängte.
Daß nun der Terror der politische Ausdruck eines bestimmten sozialen Milieus war, das hielt ihn aufrecht. Seine Wirkung abte er in erster Linie wiederum auf dieses Milieu. Man muß sich den bleiernen Druck vergegenwärtigen, über Rußland unter Alexander III. lastete, um zu verstehen, wie befreiend die ersten terroristischen Akte der neuen Zeit wirkten. Daß es nun einen Schurken weniger gab, das war nicht die Hauptsache, daß sich jemand fand, der vor Augen der ganzen Welt sein Leben für die Idee der politischen Freiheit einsetzte, die besonders in den Reihen der Intelligenz einsetzte. Jeder terroristische Akt war eine politische Kundgebung, die besonders in den Reihen der Intelligenz und revolutionären Wut wach, die Gelegenheit fand, sich zu betätigen.
Der Terror fand aber auch Bewunderung und Unterstützung in den Kreisen der durchaus soliden und ersten

Bourgeoisie. Der Terror war viel näher dem Herzen der liberalen russischen Bourgeoisie, als die Sozialdemokratie, und zwar gerade deshalb, weil der Terror ein spezifisches Kampfmittel war, bei dem die proletarischen und sonstigen Kampfmittel nicht in Betracht kamen. Daher die großen Finanzmittel, mit denen sie die Sozialisten-Revolutionäre unterstützte. Noch bevor die politische Polizei ihr Geld für terroristische Akte ausgab, wurde der Terror mit dem Gelde der russischen Bourgeoisie großgezogen. Wir haben unsomehr Interesse daran, diese Tatsache hervorzuheben, als die russische Bourgeoisie recht gern ihre revolutionäre Vergangenheit abzuleugnen möchte. Der Terror war keine Einzelercheinung, nicht ein paar Fanatiker, denen die Polizei zu Hilfe kam, haben den Terror geschaffen, sondern der Terror war der politische Protest der bürgerlichen Intelligenz, soweit sie sich nicht dem Proletariat anschloß, und der Bourgeoisie im allgemeinen, soweit sie in Opposition zum Absolutismus trat.
Daß der Terror Alexander III. sowohl wie Nikolaus II. in Gefangenschaft hielt, ist Tatsache. Daß er die Desorganisation des Staats vermehrte, läßt sich kaum bestreiten. Für diese Desorganisation ist auch die letzte Episode, das Ueber-einandergreifen der politischen Konspiration und der terroristischen Verschwörungen — worauf die Affäre Azew ein so merkwürdiges Schlaglicht warf — ungemein kennzeichnend.
Die politische Polizei war in Rußland zu einer selbstständigen Macht geworden, die alles in Schrecken hielt. Da die Regierung in der Zeit vor der Revolution sich auf keine soziale Schicht mehr stützen konnte, stützte sie sich auf die politische Polizei, die ihr diente, weil sie bezahlt wurde. Das Wunder, daß die allmächtige politische Polizei nach und nach anfing, auf eigene Faust Politik zu treiben? Sie ging vor allem planmäßig darauf hinaus, die Regierung einzuschnütern, um sich selbstständig zu machen. Darum brauchte sie den Terror und unterstützte ihn. Der Gedanke lag auch nahe, diese oder jene Persönlichkeit in den Regierungskreisen wegzuräumen zu lassen, oder wenigstens dem nicht zu wehren, um Befehle zu schaffen, oder eine Hofintrigue, die an einer andern Stelle eingesetzt hatte, zu fördern. So vermehrte die Polizei durch diese destruktive Tätigkeit jene anarchischen Zustände, die den Boden für die Revolution vorbereiteten. Und sie konnte selbstverständlich nicht verhindern, daß die Wirkung der von ihr mehr oder weniger gebildeten terroristischen Akte über ihre eigenen Absichten hinausging.
Es ist charakteristisch für jede vorrevolutionäre Periode, daß alles, was die Regierung unternimmt, sich zum Sturz der Regierung wendet. Darum ist uns der Fall Azew so wertvoll. Daß die Polizei mit allen Mitteln der Verführung der revolutionären Bewegung Herr zu werden sucht und sich in die Parteien einschleicht, das ist nicht neu; daß aber die Polizei die Regierungsgewalt untergräbt, die zu schützen sie in erster Linie berufen ist, das ist eine Tatsache, die die russische Sozialdemokratie sicher recht wirksam als Kampfmittel gegen die politische Polizei und zur Kritik des Absolutismus wird ausnutzen können.
Der Terror war in Rußland eine politische Bewegung, die eine gewisse revolutionäre Wirkung hatte. Daß wir ihn bekämpften, darf uns nicht hindern, die geschichtliche Tatsache anzuerkennen. Schließlich stand ja der russisch-japanische Krieg auch nicht auf unserem Programm, und doch ist seine revolutionäre Wirkung unverkennbar.
Nunmehr geht der Terror auch in Rußland seinem Ende entgegen, denn es ist kein politisches Milieu mehr vorhanden, das für ihn empfänglich wäre. Das kam durch die Revolution. Diese hat den Klassencharakter der politischen Kämpfe zum allgemeinen Bewußtsein gebracht. Es gibt keine abstrakte politische Ideologie mehr, für die man sich als solche, ohne soziale Unterlage, begeistern könnte. Wie die politische Freiheit und der Parlamentarismus, so ist auch die Revolution selbst kein ideologischer Selbstzweck mehr. Wer politisch sich betätigt, vertritt die Interessen des Proletariats oder des Bauerntums, oder er will die parlamentarische Herrschaft der Bourgeoisie, und er sucht nach Kampfmitteln, die der sozialen Schicht eigen sind, die er vertritt. Es gibt keinen Platz mehr für die Waffengänge einzelner — nur noch Klassenkämpfe und Gruppenkämpfe. Die Bourgeoisie im besonderen will überhaupt keine revolutionären Taten mehr. Sie befindet sich auch ohnebedes auf dem Wege zur Macht. Die bürgerliche Intelligenz entsagt den ideologischen, sozialistischen wie revolutionären Träumereien und wendet sich den Geschäften zu.

Petersburg, 31. Januar. Der ehemalige Chef der Staatspolizei Lopuchin wurde gestern hier verhaftet auf die Entschuldigungen, die über die provokatorische Tätigkeit des Polizeichefs Azew gemacht wurden. Lopuchins Verhaftung erregt ungeheure Sensation.

Kapitalisten im Zorn.

Der Zentralverband deutscher Industrieller bleibt am Sonnabend im Hotel Adlon, dem luxuriösesten Hotel Berlins, eine Delegiertenversammlung ab, in der sich die Herren Vertreter des Großkapitals zu verschiedenen Tagesfragen aussprechen. Vertreter der Reichsregierung und preussischen Regierung waren reichlich anwesend. Besonders wurde in Enttäufung wegen der Beschlüsse des Reichstages zur Gewerbe-novelle geredet. Es ist kennzeichnend, welche brutale und agitatorische Sprache diese Gesellschaft sofort führt, sobald nur im allergeringsten die Gesetzgebung für die Arbeiter etwas tut.
Der uns zugehende Bericht führt aus:
Hr. Regierungsrat Dr. Sartorius sprach über den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Gewerbeordnungsgesetzes. Er legte folgende Resolution vor:
1. Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller legt entschieden Verwahrung gegen die überführte Beschlussempfehlung über die Sondergesetzgebung vom 22. November 1908 durch Reichstag und Bundesrat ein. Bei den der Regierung und dem Reichstage rechtzeitig bekannt gegebenen Bedenken gegen dieses Gesetz, welches namentlich die Textilindustrie in verschiedenen Landes-teilen schwer geschädigt wird, wäre zu erwarten gewesen, daß man vor endgültiger Verabschiedung sich nochmals mit den Interessenten verständigt hätte.
2. Da durch das bezeichnete Gesetz die bisher zulässige Arbeitszeit für weibliche Arbeiter erheblich gekürzt wird, gewinnt besondere Bedeutung die Befürchtung weiterer Einschränkungen der Arbeitsdauer durch die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Arbeiter bis zu 18 Jahren. Will man nicht, wie viele Kreise der Industrie meinen, hierfür überhaupt kein Bedürfnis anerkennen, so muß unbedingt gefordert werden, daß die Herabsetzung der Schulspflicht bis zum vollendeten 16. Lebensjahre erfolgt. Auch ist bei der Regelung der Schulzeit darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Fortbildungsschulunterricht außerhalb der gewöhnlichen Stunden angelehrt wird.
3. Im übrigen bekämpft die Delegiertenversammlung nochmals die Beschlüsse, die zum Entwurf des Gesetzes betreffend die Abänderung des Gewerbeordnungsgesetzes in der Verlesung vom 13. März 1908 gefaßt sind.
Regierungsrat Sartorius wies in seinen Ausführungen die Vermutung als unbegründet zurück, die aus Kreisen der Textilindustrie gemacht worden seien, daß der Zentralverband die Interessen der Industrie in dieser Frage nicht genügend gewahrt habe. — In der sehr lebhaften Diskussion führte Direktor Hasemann (Bremen) aus: Im Reichstage seien lediglich parteipolitische Rücksichten maßgebend. Wir müssen uns besser zusammenschließen. Wenn wir nicht unsere Macht den Parteien im Reichstage zeigen, wird man uns noch ganz anders behandeln. (Lebh. Zustimmung.) Für die Spinnerindustrie handelt es sich hierbei um eine Lebensfrage. Es muß in der Gewerbeordnung aufgenommen werden, daß der Stundenplan der Fortbildungsschule nicht in die Arbeitszeit gelegt werden darf. Daß man die Festlegung der Schulzeit der Willkür der Gemeinden anheften will, ist unerhört. (Lebh. Beifall.)
Hr. Kommerzienrat Vogel: Es gibt keine Industrie in der Welt, die arbeitswilliger ist, als die deutsche Industrie in den letzten 25 Jahren gewesen ist. (Stürm. Beifall.) und es gibt keine Regierung, die weniger Entgegenkommen gegenüber der Industrie zeigte, wie die deutsche. (Stürm. Beifall.) Es gibt kein Parlament, das rücksichtsloser gegen Handel und Industrie verfuhr, wie das Parlament des deutschen Reiches. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wenn man bei jeder Kammerlei Enquêtes anstellt und bei einer so tief einschneidenden Frage die beteiligten Kreise nicht einmal hört, so ist das eine Rücksichtlosigkeit der Industrie ohne Gleichen. (Lebh. Beifall.) Ich weiß, daß man mit unserem Reichstage nichts machen kann (Weiterkeit); deshalb aber müssen wir uns klar sein, daß wir uns noch energischer zusammenschließen haben. Auch die wenigen Industriellen, die im Reichstage sitzen, sind ja nicht einmal einig. Wir müssen durch Annahme dieser Resolution der Öffentlichkeit zeigen, daß die deutsche Industrie einig und geschlossen ist. (Stürmischer anhaltender Beifall.) — Hr. v. Her (Hamburg): Diese Bestimmungen über den Fortbildungsschulunterricht müssen die Spinnerindustrie direkt zum Stillstand bringen. Es würde auch das Gegenteil erreicht werden von dem, was die reinen Sozialpolitiker erhoffen, daß nämlich durch die Zufriedenheit geschaffen und der Sozialdemokratie das Wasser abgetrieben werden würde. — Generalsekretär Dr. v. S.: Diese überführte Gesetzgebung, dieses unerwartete Vorgehen des Reichstages hat in der Industrie eine schwere Erregung hervorgerufen. (Lebh. Zustimmung.) Redner glaubt aus einigen Stellen in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg zum Arbeitsstammengesetz herauslesen zu können, daß er ebenfalls mit diesem Beschluß des Reichstages nicht einverstanden sei. Ich unter-schreibe vollkommen die hier erhobenen Vorwürfe gegen die Regierung, aber man muß bedenken, mit welchem Parlament die Regierung zu kämpfen hat und welche Widerstände sie überwinden muß. Wir müssen die Regierungen der Einzelländer veranlassen, mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Industrie zu nehmen und Front zu machen gegen ein rücksichtsloses Vorgehen des Reichstages. (Stürmischer Beifall.)
Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen. An Stelle des letzten Satzes in Absatz 2 wird folgendes Amendement von Hasemann (Bremen) gefaßt: Vor allem muß verlangt werden, um eine differenzierende Behandlung der einzelnen Betriebe zu ermöglichen durch Beschlüsse der einzelnen Gemeinden zu vermeiden, daß im Gewerbegesetz für Arbeiter in Betrieben mit industrieller Kraft vorgesehen wird, daß der Fortbildungsschulunterricht außerhalb der ortsüblichen Berufsarbeitzeit angelehrt werde.
Ferner wurde gegen das Arbeitsstammengesetz und gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer protestiert.
Der gute Reichstag hat das wahrhaftig nicht verdient, in dieser Art von den Herren Kapitalisten gerüffelt zu werden. Aber die Milklücker verstehen zu schreien, sobald für die Arbeiterschaft nur das geringste getan wird.